



Dietrich W. Thielenhaus

Für die SHK-Report-Leser nimmt der Autor, im Hauptberuf geschäftsführender Gesellschafter der seit 1986 in der SHK-Branche erfolgreichen Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner (Wuppertal), in seiner regelmäßigen Kolumne „KLARTEXT“ aktuelle Themen, Probleme und Herausforderungen auf's Korn.

„Deutsche im Kaufrausch“

Trotz Ukraine-Krieg und Griechenland-Krise hat sich die Stimmung in der deutschen Wirtschaft im Februar weiter verbessert. Die niedrigen Ölpreise und der schwache Euro wirken sich offenbar wie ein zusätzliches Konjunkturförderprogramm aus. Die Rekordbeschäftigung sorgt für Vertrauen in die Zukunft. Die Arbeitslosenzahl ist auf 3,017 Mio. zurückgegangen, was einer Quote von 6,9 % entspricht. Reale Lohnzuwächse sind dabei, die Konsumbereitschaft weiter zu stärken. So ist der GfK-Konsumklima-Index für März auf den höchsten Wert seit über 13 Jahren gestiegen. Die „Wirtschaftswoche“ titelte: „Deutsche sind im Kaufrausch“. Auch die Bereitschaft zum Kauf teurer Produkte hat sich im Februar zum fünften Mal in Folge erhöht. Viele Ökonomen halten inzwischen im laufenden Jahr ein BIP-Wachstum von bis zu 2 % für möglich.

Hochbau weiter auf Wachstumskurs

Die Baunachfrage im Hochbau ist 2014 – laut Statistischem Bundesamt – preisbereinigt um 0,9 % gesunken. Zu berücksichtigen ist dabei allerdings, dass die Vergleichszahlen des Vorjahres besonders hoch, nämlich auf dem höchsten Stand seit 2003 lagen. Der für Dezember 2014 gemeldete Auftragseingang stieg dennoch gegenüber dem Vorjahresmonat um 1,1 %. Auch die Geschäftslage der Architekten hat sich zum Jahresende 2014 auf erfreulich hohem Niveau stabilisiert. Nach Schätzungen des Zentralverbandes des Deutschen Bauwesens (ZDB) und des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie (HDB) wird der Branchenumsatz in diesem Jahr – erstmals seit 2000 – wieder die 100-Milliarden-Grenze überschreiten. Der Wohnungsbau soll um 3 % zulegen, der Wirtschaftsbau um 1,5 % und der öffentliche Bau um 1 %.

Run auf Betongold

Die deutschen Immobilienpreise kennen seit 2008 nur noch eine Richtung: aufwärts. Die wichtigsten nationalen Immobilien-Indizes sind seitdem um 20 % gestiegen. In begehrten Großstädten lagen die Zuwächse deutlich höher. Hier sind bereits erhebliche Blasenbildungen festzustellen. Ausschlaggebend für den Run auf „Betongold“ ist offenbar vor allem die Verunsicherung der Investoren durch die anhaltende Euro-Krise. Für Rückenwind sorgen natürlich auch die historisch einzigartigen Niedrigstzinsen bei der Baufinanzierung.

„Mit großem Unverständnis“

Für erhebliche Irritation in Industrie, Großhandel und Handwerk hat der Stopp des Steuerbonus für die Gebäudesanierung durch die Bundesregierung gesorgt. Ausgelöst hat den Stopp der bayerische Ministerpräsident, der sich gegen ein Abschmelzen des Handwerker-Bonus gewehrt hat. Damit liegt die vorgesehene Regelung, dass Gebäudeeigentümer rückwirkend ab Januar 2015 10 bis 15 % ihrer Sanierungskosten von der Steuer absetzen können, zunächst auf Eis. Jetzt wird überlegt, alternativ die Zuschussprogramme der KfW-Bank zu erhöhen. Auf diese völlig überraschende Entwicklung haben ZVSHK und BDH „mit großem Unverständnis“ reagiert. Die Verbände weisen darauf hin, dass es die Energiewende ohne die Effizienzsteigerung im Heizungskeller nicht geben werde. Der Gebäudesektor mache 40 % der in Deutschland verbrauchten Energie aus. In der Tat: Die Bundesregierung ist gefordert, jetzt schnellstmöglich ei-

ne Lösung herbeizuführen. Auch der Heizungsbranche, die durch die niedrigen Energiepreise Umsatz verloren hat, würden steuerliche Nachfrageimpulse gut tun.

Nägel mit Köpfen?

Die Bekämpfung der Bürokratie wird von jeder neuen Bundesregierung ebenso lautstark wie ritualisiert angekündigt. Im Regelfall versinken die gut gemeinten Ansätze dann aber meist im Treibsand zwischen Gesetzgebung, Beamtenherrlichkeit und Widerständen der Verwaltung. Oft führen neue, nicht zu Ende gedachte Gesetze zu weiteren Belastungen der Betriebe, wie aktuell die aufwändigen Nachweispflichten beim Mindestlohn zeigen. Die Bundesregierung hat Ende 2014 21 Maßnahmen im Rahmen der „Eckpunkte zur Entlastung der mittelständischen Wirtschaft von Bürokratie“ beschlossen. Im Fokus stehen dabei die Entlastung junger Gründer und Startups, Vereinfachungen im Steuer- und Bilanzrecht bzw. bei der Gewinnermittlung, die Reduzierung von Statistik- und Informationspflichten sowie der Abbau von Bürokratie in Verwaltungsverfahren. Noch im ersten Quartal 2015 soll ein Gesetzentwurf vorgelegt und bis zur Sommerpause verabschiedet werden. Ein Mittelstandsbeirat, dem Unternehmer angehören, soll dazu beitragen, dass bei diesem Dauerbrenner-Thema endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden.

„Konstruktive Mehrdeutigkeit“

Die griechische Tragödie geht weiter. Ein erstaunlich unkritischer Bundestag hat den mehr als faulen Verhandlungskompromiss, den Athen mit Brüssel erreicht hat, mit großer Mehrheit ziemlich entspannt durchgewunken. Als generöse Gegenleistung angeboten hatte die neue griechische Regierung blanke Selbstverständlichkeiten wie die Bekämpfung von Benzin- und Zigaretten-schmuggel sowie die löbliche Absicht, bestehende Steuergesetze anzuwenden. Gleichwohl wurde dieses Minimal-Ergebnis von den beiden Seiten höchst unterschiedlich ausgelegt. Der griechische Finanzminister sprach noch am Abend der angeblichen Einigung von einer „konstruktiven Mehrdeutigkeit“. Mit Hinweis auf „die leeren Kassen“ hat er den Deal als „Feigenblatt“ bezeichnet. Und der Ministerpräsident schwadronierte über einen Krieg, den sein Land mit Europa führe. Die Vereinbarung erlaube, „die Sparpolitik hinter sich zu lassen“. Juristen sprechen in solchen Fällen normalerweise von offenem Dissens und Insolvenzverschleppung. Mit seiner Zustimmung hat das deutsche Parlament den Willen des Volkes eklatant missachtet. Denn: Nur jeder fünfte Bundesbürger ist – einer Umfrage zufolge – für die von der griechischen Regierung beantragte Verlängerung der Finanzhilfen. Und noch vor der Abstimmung im Bundestag wurde bekannt, dass Hellas bis zum Sommer ein weiteres Hilfspaket in Höhe von 30 bis 40 Mrd. Euro benötigen wird. Zusätzlich bringt Athen immer wieder einen neuen Schuldenschnitt ins Spiel. Der Sozialdemokrat Romano Prodi, früherer Präsident der Europäischen Kommission, hat im Klartext festgestellt: „Jeder weiß doch, dass Griechenland seine Schulden niemals zurückzahlen wird.“ Nur die Bundesregierung scheint das nicht zu wissen. Als Namen für eine neue griechische Währung hat ein Spaßvogel übrigens „Fiasko“ vorgeschlagen. Ein „Fiasko“ setzt sich aus 100 Debakeln zusammen ...